



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/03895**
Datum: 07.03.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Krause, Johannes;
Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.03.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion die Linke zur Prüfung einer Städtepartnerschaft

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Aus Anlass des 70. Jahrestages der Gründung des Staates Israel soll die Stadt Halle eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune in Israel prüfen. In Vorbereitung einer möglichen Partnerschaft soll der Austausch mit Institutionen, Vereinen und Interessengruppen aus den Bereichen Wissenschaft (insbesondere Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft (insbesondere Deutsch-Israelische Gesellschaft Halle-Umland) und Religion gesucht und deren Expertise berücksichtigt werden.
2. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am 27.06.2018 vorzulegen.

gez. Johannes Krause
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

gez. Bodo Meerheim
Vorsitzender der
Fraktion Die Linke

Begründung:

Die Städtepartnerschaft ist ein geeignetes Mittel, um Menschen zu verbinden und den Austausch zwischen Städten und Nationen zu fördern. Das 70. Gründungsjubiläum Israels ist ein geeigneter Anlass, um eine Partnerschaft mit einer Stadt in Israel zu prüfen und gegebenenfalls aufzunehmen. Die bestehenden Beziehungen nach Israel auf den unterschiedlichen Ebenen in Halle sollen in die Prüfung einbezogen werden, um damit gegebenenfalls zugleich das Fundament für eine Städtepartnerschaft zu schaffen. Die bestehenden Partnerschaften in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Religion könnten durch eine offizielle Städtepartnerschaft verstärkt werden.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

21. März 2018

Sitzung des Stadtrates am 28.03.2018
Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion die Linke zur Prüfung
einer Städtepartnerschaft
Vorlagen-Nr.: VI/2018/03895
TOP: 9.2

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister